

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Gesche Marxfeld
Ausschussmitglied Sebastian Seidel

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Katja Breuer
Ausschussmitglied Martin Ehlers
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Stellv. Ausschussvorsitzender Georg Berner-Waindok
Vertreterin Antje Johanna Kloster

Mitglied AfD-Fraktion

Vertreter Thorsten Moriß

Mitglied FDP-Fraktion

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Lehrerververtretung der allgemeinbildenden Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Coletta Theiß-Wessels

Lehrerververtretung der Berufsbildenden Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Gabriele Runge

Arbeitgebervertreter

Stimmberechtigter Sachverständiger Eckhard Stein

Gäste

Renè Gommers, Stadtschülerrat
Martin Burkhart, Stadtalternrat
Marcel König, Grundschule Stadtmitte
Hans-Joachim Vogt, Oberschule Sande
Dr. Ralf Drabent, Landesschulbehörde

Gastgebende Schule

Peter Bilski, Schulleitung

Verwaltung

Herr Feist

Herr Mertens

Herr Hofmann

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Vorlagen an den Rat
- 3.1 Errichtung einer offenen Ganztagschule an der Grundschule Stadtmitte **345/2016**
- 4 Mitteilungen und Anfragen
- 4.1 Informationen durch die Grundschule Wiesenhof
- 4.2 Unterrichtsversorgung an den Wilhelmshavener Schulen
- 4.3 SuPrA - Klasse Oberschule Sande
- 4.4 Schülerstatistik Schuljahr 2016/17
- 4.5 Zukünftige Themen im Schulausschuss
- 4.6 Amokalarm an der Oberschule Stadtmitte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Berner-Waindock eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Tagesordnung

Herr Mertens bat, den Tagesordnungspunkt „Informationen durch die Grundschule Wiesenhof“ als 4.1 unter Mitteilungen und Anfragen aufzunehmen. Einstimmig wurde mit dieser Änderung die Tagesordnung genehmigt.

Anschließend teilte **Herr Hofmann** mit, dass der Stadtschülerrat am 23.11.16 Vorschläge zur Entsendung in den Schulausschuss erarbeitet habe. Für die allgemeinbildenden Schulen sei dies der heute anwesende **Renè Gommers** (Oberschule Stadtmitte) und als dessen Vertretung Frau **Celine Cuno** (IGS) sowie für die Berufsbildenden Schulen Herr **Gedeon Schott** und als dessen Vertretung Frau **Jacqueline Werner**. Es folge zur Berufung des Stadtschülerrates in den Schulausschuss eine Beschlussvorlage an den Rat für die Sitzung am 14.12.16, in der auch der Vorschlag des Stadtelternrates zum Mitglied der Elternvertretung der allgemeinbildenden Schulen aufgeführt werde.

Nachfolgend verpflichtete **Herr Berner-Waindock** den Arbeitgebervertreter **Herrn Stein** nach § 60 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) per Handschlag und belehrte ihn über seine Pflichten, insbesondere über die Pflichten aus §§ 40 – 42 NKomVG und aus § 30 Abgabenordnung.

3 Vorlagen an den Rat

3.1 Errichtung einer offenen Ganztagschule an der Grundschule Stadtmitte **345/2016**

Herr Feist stellte die Beschlussvorlage 345/2016 vor und erinnerte zunächst an die Konzeptvorstellung und die vollumfängliche Zustimmung des Ausschusses in der Sitzung vom 17.11.16. Er wies dabei auch daraufhin, dass die Grundschule zunächst mit dem offenen Ganztag beginnen und später in den gebundenen Ganztagesbetrieb übergehen wolle und bat um Zustimmung der Beschlussvorlage. **Herr Mertens** ergänzte, dass inzwischen die Gesamtkonferenz (bei einer Gegenstimme) und der Schulvorstand (einstimmig) der Grundschule Stadtmitte dem Ganztageskonzept zugestimmt haben.

Herr Möhle verweist auf das gut ausgearbeitete Konzept und ist der Auffassung, dass man hier nur zustimmen könne. **Herr Seidel** hinterfragte in Bezug auf das Personal die finanziellen Auswirkungen. **Herr Feist** gab an, dass es schulträgerseitig keine personalbedingten Finanzauswirkungen gebe. **Herr von Teichman** regte die Kooperation mit kulturellen Einrichtungen an, da diese Einrichtungen das Lehrangebot der Schule ergänzen können.

Auf die Beschlussvorlage wird verwiesen.

Anschließend bat **Herr Berner-Waindock** um Abstimmung über die Beschlussvorlage.

Beschluss: Einstimmig (ohne Enthaltung).

Der Errichtung einer offenen Ganztagschule an der Grundschule Stadtmitte zum Schuljahr 2017/18 wird zugestimmt.

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Informationen durch die Grundschule Wiesenhof

Der Schulleiter der Grundschule Wiesenhof, **Herr Bilski**, stellte seine Schule vor. Er teilte mit, dass die Schule gut ausgestattet sei und verwies dabei auch auf die Räumlichkeiten, wie z. B. die Technik-, Musik- und PC-Räume, die Aula, die Sporthalle, die neue Mensa und auf das große Außengelände. In der Schule seien zzt. 27 Lehrkräfte inklusive einer Förderlehrkraft sowie pädagogische Mitarbeiter tätig. Anschließend erläuterte er das Ganztagesangebot mit 20 AG's (u. a. Schreibwerkstatt und im Bereich Sport). Zum Abschluss bot er eine Führung durch die Schule an.

Herr von Teichman erkundigte sich nach dem Nässeproblem des Schulgeländes, woraufhin **Herr Bilski** auf die aktuellen Gespräche mit GGS hinwies. Auf weitere Nachfrage von **Herrn von Teichman** erklärte **Herr Bilski**, dass die Schulbibliothek über intensive Elternarbeit gewährleistet sei.

4.2 Unterrichtsversorgung an den Wilhelmshavener Schulen

Herr Dr. Drabent teilte mit unter Hinweis auf die mit seiner zuständigen Kollegin Frau Thiessen hierzu erfolgte Abstimmung mit, dass es rein rechnerisch mit der Unterrichtsversorgung an den Wilhelmshavener allgemeinbildenden Schulen erfreulich gut bestellt sei und die Unterrichtsversorgung relativ gleichmäßig hergestellt sei. Weiter führte er aus, stünden die nötigen Haushaltsmittel zur Verfügung und alle Ausschreibungen seien erfolgt. Hinzu verwies **Herr Dr. Drabent** auf eine wohl einsetzende Trendumkehr, da sich nun auf aktuelle Stellenausschreibungen auch auswärtige Lehrkräfte beworben und den ausdrücklichen Wunsch, nach Wilhelmshaven zu kommen, geäußert hätten.

Herr Ehlers erkundigte sich nach der Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen. **Herr Dr. Drabent** musste hier auf das Dezernat 4 verweisen, woraufhin **Herr Mertens** mitteilte, dass der zuständige Dezernent zu einer der folgenden Sitzungen sein Kommen zugesagt habe.

Über die Teilnahme von Dr. Drabent an der heutigen Sitzung zeigte sich **Herr Möhle** sehr erfreut, forderte jedoch detaillierte Zahlen ein. Die Forderung war für **Herrn Dr. Drabent** verständlich, jedoch verwies er auf das Kultusministerium, das sich die Zahlenfreigabe vorbehalte. Hinzu verwies er auf das dynamische Leben in den Schulen: jederzeit entstünden dort durch Erkrankungen und anderen Unwägbarkeiten akute Situationen. Er bat um Verständnis, ohne Freigabe keine Zahlen nennen zu können. **Herr Möhle** machte deutlich, dass der Schulausschuss damit nur unzufrieden und enttäuscht sein könne und regte eine Anfrage an den Landtag an.

Herr Dr. von Teichman erkundigte sich im Hinblick auf die Sprachlernklassen der Grundschule Rheinstraße nach der diesbezügliche Unterstützung durch die Landes-schulbehörde. **Herr Dr. Drabent** erklärte, dass an der Grundschule Rheinstraße 23 Lehrerstunden zusätzlich installiert wurden. Darüber hinaus seien weitere 25 Lehrerstunden – davon zehn über den Schlüssel 071 (Sprachlerngruppen) und 15 über den Schlüssel 076 (Spracherwerb Vorschule) – der Rheinstraße zur Verfügung gestellt worden. Dabei wies **Herr Dr. Drabent** auf die unterschiedliche Schulsozialisation der Flüchtlingskinder hin, was hohe Anforderungen an die Arbeit in den Sprachlernklassen nach sich ziehe. Hierzu gebe die Landesschulbehörde den Lehrkräften Hilfestellung über die MitarbeiterInnen aus dem Bereich Beratung und Unterstützung. Bei Erreichen der Klassenteilungsgrenzen können die Schulen die Genehmigung weiterer Sprachlernklassen beantragen. **Herr Dr. Drabent** nannte weitere Lehrerstundenzahlen: Grundschule Stadtmitte = 43 Stunden, Oberschule Stadtmitte = 100 Stunden, Marion-Dönhoff-Schule = 70 Stunden. Auf zwischenzeitlich gestiegenen Bedarf könne mit zusätzlichen Stunden aus dem Schlüssel 071 reagiert werden, was **Herr Dr. Drabent** zum 01.02.17 für die Marion-Dönhoff-Schule beabsichtige.

Herr Dr. Drabent hofft auf eine Entspannung der Situation, da die Zuwanderungszahlen zurückgegangen seien. **Herr Feist** verwies hierbei auf die Binnenwanderung nach Wilhelmshaven und die einsetzende Familienzusammenführung, was nach wie vor zu einem hohen Bedarf an Lehrerstunden an den weiterführenden Schulen zur Folge habe, insbesondere an den Oberschulen. **Herr Dr. Drabent** gab an, dass weitere Sprachlernklassen beantragt werden können und hofft, dass genügend Lehrkräfte zur Verfügung stehen. **Herr Feist** appellierte, dass auch eine unterjährige Nachsteuerung möglich sein müsse, da mit dem 01.08. ein Stichtag allein zu statisch sei. **Herr Dr. Drabent** verwies auf die nötigen Mittel und Kapazitäten, welche vom Land bzw. dem Kultusministerium zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Landesschulbehörde könne die Haushaltsgepflogenheiten des Landes Niedersachsen nicht beeinflussen.

Herr von Teichman erfragte die Chancen für Grundschulen, im Rahmen Ganztagesbetrieb ausreichend Lehrerstellen zu erhalten. **Herr Dr. Drabent** entgegnete, dass bei Genehmigung des gebundenen Ganztagesbetriebs auch die entsprechende Lehrerversorgung erfolge. Die Schulen würden durch die Landesschulbehörde gestützt, wenn die Konzepte in Ordnung seien.

Herr Moriße erkundigte sich, wie die Flüchtlingskinder den Sprachlernunterricht annehmen. **Herr Dr. Drabent** verwies auf die jeweilige Schulsozialisation und beschrieb eine große Neugier bei den Kindern. Dabei ging er auch auf mögliche Traumata ein. Für den Umgang mit Kindern, welche unter Traumata leiden, würden zzt. Konzepte erarbeitet. **Herr Dr. Drabent** dankte den Lehrkräften und Schulleitungen für ihre Leistungen in Bezug auf die Flüchtlingskinder und Sprachlernklassen und stellte fest, dass diese Leistungen weit über den eigentlichen Anstrengungshorizont hinausgingen.

Herr Feist ergänzte, dass gestern eine Fortbildung mit 150 Teilnehmern aus Jugendhilfe und Schule durchgeführt wurde, die die besonderen Anforderungen zum Inhalt hatte, welche Kinder mit Traumata mitbringen. Auf Nachfrage von **Herrn Moriße** gab **Herr Dr. Drabent** an, den Schulen Fachberater und Schulpsychologen zur Seite gestellt werden, u. a. für Dienstbesprechungen und Fortbildungen.

4.3 SuPrA - Klasse Oberschule Sande

Herr Vogt erläuterte zunächst den Beginn im Jahr 2005 mit AQB (Abschlussquote erhöhen und Berufsfähigkeit steigern) und VBOP (Vertiefende Berufsorientierung und Praxis) mit dem ganzheitlichen Ansatz. Zielgruppe seien lern- und leistungsschwache SchülerInnen, bei denen das Erreichen eines Abschlusses fraglich ist. Der Unterricht bestehe aus drei Tagen Unterricht (mit den umzusetzenden curricularen Vorgaben) und zwei Tagen Praxis in den 8. und 9. Jahrgängen. Insgesamt stünden 250 Betriebe für Praktika zur Verfügung. Im Rahmen dieser Praktika würde jeder Schüler fünf bis sechs Betriebe besuchen, was bei der beruflichen Orientierung sehr helfe. **Herr Vogt** verdeutlichte, dass sich die Prüfungen und Abschlüsse nicht von denen anderer Oberschulen unterscheiden.

Im Jahr 2010 liefen die Maßnahmen AQB und VBOP aus. Von den bis dahin beschulten ca. 160 Jugendlichen erreichten laut **Herrn Vogt** ca. 150 ihren Schulab-

schluss und davon wiederum ca. 140 absolvierten eine Ausbildung. Mit Blick auf das gemeinsame Ziel, möglichst viele SchülerInnen einen Abschluss erreichen und eine Ausbildung absolvieren zu lassen, wurde dann gemeinsam von Landkreis Friesland und Stadt Wilhelmshaven die SuPeR-Klasse initiiert – Schule und Praxis, ein Regionalprojekt. Die Schulabschlussquote liege bei ca. 90 %, ca. 70 % der SchülerInnen erhielten einen Ausbildungsplatz. Ein großer Vorteil, so **Herr Vogt**, sei das Personal der Berufsstartbegleitung, die hier bereits langjährig tätig seien.

Die jetzige SuPrA-Klasse (Schule und Praxis, regionale Ausbildung), so **Herr Vogt**, könne unter den aktuellen Bedingungen nicht weitergeführt werden. Es werde daher mit dem BNW ein neues Konzept erarbeitet, damit die Erfolgsgeschichte von SchülerInnen, die bereits abgeschrieben waren, weitergeführt werden kann. Das Konzept werde nach Fertigstellung bei der Landesschulbehörde und dem Kultusministerium vorgestellt.

Herr Dr. Drabent bestätigte die Erfolge der SuPrA-Klasse und der Vorgängerprojekte, musste aber auf das Auslaufen der Förderung mit Lehrerstunden verweisen. Ein neuer Erlass hierzu existiere nicht, eine entsprechende politische Entscheidung sei nötig.

Herr Feist wies darauf hin, dass es sich hier nicht nur um eine Erfolgsgeschichte, sondern auch eine riesige finanzielle Ersparnis bei Job-Centern und Jugendämtern sei. Er regte daher einen Appell an die Landeregierung durch den Schulausschuss an, sich für einen neuen Erlass einzusetzen, damit wieder ausreichend Lehrerstunden bereitgestellt werden können. Die SuPrA-Klasse müsse auf sichere Füße gestellt werden.

Herr Ehlers erfragte, wie die SchülerInnen ausgewählt werden und was die Kommunalpolitik tun könne. **Herr Vogt** antwortete, dass die Schulen entschieden, ob die SuPrA-Klasse für die Jugendlichen in Frage komme und die Jugendlichen und Eltern beraten werden. Er äußerte die Hoffnung, dass aus einem neuen Konzept ein neuer Erlass erwachse, der eine Unterstützung mit Lehrerstunden biete. **Herr Möhle** dankte Herrn Vogt und seinen Kolleginnen und Kollegen für sein langes Engagement und teilte ihm mit, dass die Stadt Wilhelmshaven dieses Projekt sehr gern auch zukünftig unterstütze. Ohne Wenn und Aber sei das Projekt fortzuführen. Er verwies auf das gemeinsame Schreiben des Landkreises Friesland und der Stadt Wilhelmshaven an die Kultusministerin und den Ratsbeschluss der Stadt aus 2011, wonach jeder Schüler einen Schulabschluss erhalten solle. **Herr Möhle** wünschte die Vorstellung des neuen Konzeptes.

Auf Nachfrage von **Herrn Seidel** zum Sachstand des neuen Konzeptes gab **Herr Vogt** an, dass es bereits viele Ideen und Visionen gebe. Hinzu müsse er noch mit den Schulen sprechen, die der SuPrA-Klasse die SchülerInnen zuleiten.

Herr von Teichman machte deutlich, dass man sich mit der Einstellung des Projektes nicht zufrieden geben könne und konzertierte Aktionen nötig seien. So sei auch die Unterstützung durch den Landeselternrat wichtig, an den sich der Stadtelternrat wenden wollte. Die Weiterführung des Projektes sei menschlich und finanziell

betrachtet sehr wichtig.

Auf Nachfrage von **Herrn Moriße** bestätigte **Herr Vogt**, dass die Zusammenarbeit mit den Handwerksbetrieben hervorragend funktioniere.

Ob andere Schulen mit in das Konzept eingebunden werden und ggf. ähnliche Projekte an anderen Schulen existieren, fragte **Frau Kloster**. **Herr Vogt** teilte mit, dass man mit den Wilhelmshavener und friesländischen Schulen in Kontakt stehe. Gleiches gelte für Schulen, an denen ähnliche Projekte bestehen.

Herr Mertens verwies auf den Umstand, dass die Mittel für die SuPrA-Klasse im Teilhaushalt Bildung und Sport enthalten seien und auf die Ratssitzung am 07.12.16 mit der dort anstehenden Entscheidung über den städtischen Haushalt.

Abschließend dankte **Herr Berner-Waindock** Herrn Vogt für seinen Vortrag und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass die SuPrA-Klasse weitergeführt werden kann.

4.4 Schülerstatistik Schuljahr 2016/17

Die Schülerstatistik stelle **Herrn Mertens** dar. Zum Stichtag 15.09.16 besuchten 7358 SchülerInnen die allgemeinbildenden Schulen und 2877 SchülerInnen die Berufsbildenden Schulen. Nach aktuellen Prognosen werden jeweils ca. 580 Kinder in den nächsten Jahren eingeschult. Mit Hinweis auf Kopf- und Zählkinder nannte **Herr Mertens** die Teilungsgrenze, die an Grund- und Oberschulen bei 26, an Real- und Hauptschulen bei 28 sowie an Gymnasien und Gesamtschulen bei 30 liege.

Auf die Anlagen „Schulstatistik 16 17 1. Halbj“ und „Statistik BBS 16.17“ wird verwiesen.

4.5 Zukünftige Themen im Schulausschuss

Herr von Teichman wünschte, dass sich der Schulausschuss künftig verstärkt der VHS auseinander setzen solle. Dort stehe noch die Innensanierung aus.

Mit der Musikschule bzw. dem Gebäude Mühlenweg 61 als möglichen Standort für die Musikschule nannte **Herr von Teichman** ein weiteres Thema für den Schulausschuss. Er führte aus, in einem ersten Schritt seien für 2018 im Wirtschaftsplan von GGS Gelder eingestellt. Die Verteilung der Musikschule auf mehrere Standorte sei auf Dauer ungünstig.

Mit Verweis auf aktuelle Presseberichte sieht **Herr von Teichman** hohen Bedarf, sich im Schulausschuss mit dem Thema Analphabetismus zu befassen.

Herr Feist nahm diese Themen gern auf.

4.6 Amokalarm an der Oberschule Stadtmitte

Herr Feist erklärte, dass der heutige Amokalarm an der Oberschule Stadtmitte auf

eine technische Störung zurückzuführen sei und ging auf Falschmeldungen in den sozialen Netzwerken ein. Hinzu gab er an, hätten die Schulleitung und Lehrkräfte sowie die SchülerInnen sehr besonnen reagiert. Auf Nachfrage von **Herrn Ehlers** teilte **Herr Feist** mit, dass die Polizei nicht automatisch auf technischem Wege, sondern heute durch Anwohner informiert worden sei, grundsätzlich aber die Polizei von der Schule selbst informiert werde. **Herr Gommers**, selbst Schüler an der Oberschule Stadtmitte, berichtete, dass vor Ort alle SchülerInnen und Lehrkräfte ruhig geblieben seien. **Frau Theiß-Wessels** erkundigte sich, ob solche Alarmanlagen an allen Schulen vorhanden seien, woraufhin **Herr Mertens** auf die von Schule und Schulträger gemeinsam zu erstellenden Alarmplan verwies. Die Entscheidung zur Alarmmeldung treffe die Schulleitung bzw. die Stellvertretung antwortete **Herr Feist** auf Nachfragen von **Frau Kloster** und **Herrn Seidel**.

B Nichtöffentlicher Teil